

Meinungsfreiheit in Deutschland: Subjektives Empfinden und tatsächliche Erfahrungen

Richard Traunmüller

Die öffentliche Debatte über Meinungsfreiheit in Deutschland hat durch mehrere Ereignisse der jüngsten Vergangenheit an Fahrt gewonnen. So führten satirische Beiträge über ehemalige Regierungsmitglieder zu strafrechtlichen Konsequenzen – darunter eine Hausdurchsuchung sowie eine Bewährungsstrafe. Diese Entwicklungen stehen im Kontext einer sich über Jahre hinweg verschärfenden Gesetzeslage (etwa dem §188 zur ‚Politikerbeleidigung‘). Für Empörung sorgte außerdem die Rede des US-amerikanischen Vize-Präsidenten J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz des Jahres 2025, in der er seine Sorge über die Meinungsfreiheit in Europa und Deutschland zum Ausdruck brachte. Aber auch weniger umstrittene internationale Beobachter wundern sich über Anzeichen wachsender Einschränkungen der freien Meinungsäußerung in Deutschland (New York Times 2020, The Economist 2025, CBS News 2025).

Für eine liberale Demokratie sind Einschränkungen der Meinungsfreiheit ein sensibles Thema, das sorgfältige Beobachtung verdient. Leider wird die gegenwärtige Debatte in Deutschland zum Teil sehr emotional und vor allem stark politisch polarisiert geführt. Umso wertvoller scheint ein nüchtern-analytischer Blick auf die Frage, wie es gegenwärtig um die Meinungsfreiheit in Deutschland bestellt ist.

Das Wichtigste in Kürze

Ein relevanter Teil der Bevölkerung fühlt sich nicht nur bei kontroversen Themen wie Migration oder dem Israel-Palästina-Konflikt, sondern auch bei allgemeinen politischen Fragen und selbst bei Regierungskritik in der öffentlichen Meinungsäußerung gehemmt.

Die Daten stützen weder das Stereotyp des zum Schweigen gebrachten ‚alten weißen Mannes‘ noch die Annahme, Frauen oder ausländische Staatsbürger empfinden die geringste Meinungsfreiheit. Wahrgenommene Ungleichheiten in der Meinungsfreiheit verlaufen entlang von Bildung, Ost-West-Unterschieden und vor allem politischer Einstellung.

Jährlich werden schätzungsweise 5.5 bis 8.0 Millionen Menschen in Deutschland für ihre Meinungsäußerung als ‚extrem‘ bezeichnet. Persönliche Angriffe in sozialen Medien aufgrund ihrer politischen Meinungen betreffen 1.9 bis 5.1 Millionen im Jahr. Weitere 1.9 bis 2.9 Millionen Personen pro Jahr verlieren Freunde, 0.6 bis 1.5 Millionen erfahren berufliche Probleme und 0.3 bis 0.9 Millionen rechtliche Probleme.

Das subjektive Empfinden von Meinungsfreiheit wird maßgeblich von tatsächlichen Sanktionserfahrungen geprägt. Das heißt nicht, dass es sich nicht auch aus anderen Quellen speist – es lässt sich aber nicht als ‚bloßes Gefühl‘ abqualifizieren.

Für das *German Internet Panel* (GIP) wurden deshalb Fragemodule entwickelt, welche neuartige Daten zum Thema Meinungsfreiheit liefern und somit einen evidenz-basierten Beitrag zur gegenwärtigen Debatte leisten können. Als bedeutende Innovation wurden im GIP neben den subjektiven Einschätzungen der Bürger

nun erstmals auch *tatsächliche Erfahrungen* mit Einschränkungen und den Konsequenzen freier Rede erhoben. Dies erlaubt nicht nur eine genauere Beschreibung des Zustands der Meinungsfreiheit in der deutschen Demokratie, sondern auch eine Einschätzung darüber, in welchem Verhältnis subjektive Einschätzungen und tatsächliche Erfahrungen stehen.

Was ist Meinungsfreiheit?

Meinungsfreiheit ist weit mehr als das in Artikel 5 des Grundgesetzes garantierte Grundrecht, welches den Einzelnen vor staatlicher Willkür schützt. Denn um als Grundlage einer vitalen liberalen Demokratie dienen zu können, muss Meinungsfreiheit auch fest in der demokratischen Kultur eines Landes und damit sowohl in den Köpfen als auch im Handeln seiner Bevölkerung verankert sein. Eine lebendige Kultur der Meinungsfreiheit verlangt den Bürgerinnen und Bürgern einiges ab und ist zuweilen auch eine wahre Zumutung. Sie schließt die Toleranz für abweichende, irrige, geschmacklose und sogar gefährliche Meinungen ebenso ein wie den Mut, seine politischen Standpunkte auch dann klar zu vertreten und zu verteidigen, wenn es nicht opportun ist oder dafür persönliche Nachteile in Kauf genommen werden müssen.

So verstanden ist Meinungsfreiheit also kein Phänomen, das einfach entweder ‚existiert‘ oder ‚nicht‘ oder nur die Ausprägungen ‚frei‘ oder ‚unfrei‘ kennt. Vielmehr lässt sie sich am besten als graduelles Phänomen begreifen, das zu bestimmten Zeitpunkten und in bestimmten Kontexten mehr oder weniger stark ausgeprägt sein kann. Sozialwissenschaftlich betrachtet bemisst sich das Ausmaß der Meinungsfreiheit an ihrer politischen und sozialen Regulierung. Oder besser: an den ‚Kosten‘, die mit freier Rede verbunden sind. Die Meinungsfreiheit in einer Gesellschaft ist demnach umso höher, je geringer die Wahrscheinlichkeit ist, für eine Meinungsäußerung sanktioniert zu werden und je geringer die mit der

Sanktion verbundenen Kosten ausfallen. Umgekehrt ist Meinungsfreiheit eingeschränkt, wenn die Wahrscheinlichkeit für eine Meinungsäußerung sanktioniert zu werden groß ist und auch die damit einhergehenden Kosten hoch sind (Trautmüller 2023).

Auch in einer liberalen Demokratie wie Deutschland kann eine Meinungsäußerung eine ganze Reihe an verschiedenen kostspieligen Sanktionen nach sich ziehen. Diese reichen von einfachen Risiken, die bei jedem freien Austausch von Argumenten eingegangen werden müssen und selbst Teil des freien Meinungs Austausches sind – etwa, dass Andere dem Gesagten widersprechen und scharfe Kritik üben – bis hin zu ganz greifbaren persönlichen Nachteilen, wie etwa der Verlust von Sozialkontakten oder materiellen Konsequenzen wie berufliche und rechtliche Probleme. Aber auch moralische Abwertungen und Diffamierungen, etwa durch die stigmatisierende Bezeichnung als ‚extrem‘ oder als ‚rechts‘ sind soziale Sanktionen, die die Kosten der Meinungsfreiheit empfindlich erhöhen können, weil sie einem Ausschluss aus der ‚moralischen Gemeinschaft‘ gleichkommen.

Subjektiv empfundene Meinungsfreiheit und Selbstzensurverhalten

Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer liberalen Demokratie wie Deutschland über einen Mangel an Meinungsfreiheit beklagen beweisen keineswegs ihre Unkenntnis der Gesetzeslage. Sie meinen damit auch nicht, dass sie prinzipiell am Sprechen gehindert werden. Vielmehr bringen Sie zum Ausdruck, dass ihnen die freie Rede ‚zu teuer‘ ist und sie nicht bereit oder nicht in der Lage sind, die für eine Meinungsäußerung anfallenden Kosten zu tragen.

Befragt nach ihrer subjektiv empfundenen Meinungsfreiheit geben in Deutschland im Januar 2026 etwas mehr als ein Viertel (29

Prozent) der Befragten an, sie fühlten sich (eher) unfrei in der Öffentlichkeit zu sagen, was sie denken. Weiterhin fühlen sich 13 Prozent der Befragten auch im Privatbereich (eher) unfrei ihre Meinung zu sagen. Diese Ergebnisse erweisen sich im Vergleich zum Frühjahr 2024 und Sommer 2025 als stabil und zeigen, dass die Menschen den Grad der Meinungsfreiheit je nach gesellschaftlichem Kontext sehr unterschiedlich einschätzen.

Das German Internet Panel

Das *German Internet Panel* (GIP) ist eine an der Universität Mannheim angesiedelte langfristige Studie zu politisch und gesellschaftlich relevanten Einstellungen in Deutschland. Dazu werden seit 2012 regelmäßig Personen im Alter zwischen 16 und 75 Jahren in ganz Deutschland zu den verschiedensten Themen online befragt. Die hohe wissenschaftliche Qualität des GIP ergibt sich u.a. aus der Tatsache, dass die Befragten mittels einer sorgfältigen Zufallsauswahl offline rekrutiert wurden. Die Analysen des vorliegenden Berichts beruhen auf Daten der 70., 78. und 81. Welle des GIP, für die zwischen dem 1. und 31. März 2024 insgesamt N=3180 Personen, dem 1. und 31. Juli 2025 N=3270 Personen und dem 1. und 31. Januar 2026 N=4153 befragt wurden. Umfrageergebnisse sind stets mit Schätzunsicherheit behaftet. Für die in diesem Bericht berichteten Anteilswerte liegt diese maximal bei ca. ± 1.7 Prozentpunkten (das sogenannte 95-Prozent-Konfidenzintervall). Das GIP verzichtet auf eine Gewichtung der Daten. Fehlende Variablenwerte wurden aus der vorliegenden Analyse ausgeschlossen. Weitere Informationen zur Methodik des GIP finden sich bei Blom et al. (2015) sowie unter: www.uni-mannheim.de/gip/gip-daten-nutzen/methodik/.

Die Entscheidung einer Person, ihre eigenen politischen Ansichten aus Furcht vor etwaigen persönlichen Nachteilen lieber nicht auszusprechen, bezeichnet man als Selbstzensur (Bar-Tal 2017). Laut der vorliegenden Daten vom Januar 2026 haben in diesem Sinne rund ein Viertel (25 Prozent) der deutschen Bürger in den letzten 12 Monaten mindestens einmal ‚den Mund gehalten‘, weil sie ‚Angst vor negativen Konsequenzen‘ hatten, wenn sie sagen würden, was sie wirklich denken. Auch hier liegen kaum Veränderungen im Vergleich zu den früheren Erhebungszeitpunkten im März 2024 und Juli 2025 vor.

Subjektive Meinungsfreiheit und Selbstzensur sind zwar eng verwandt, aber nicht gleichbedeutend (Münzner und Traunmüller 2022). Erstere bezeichnet eine Wahrnehmung oder ein Gefühl, letztere ein konkretes und oftmals strategisches Verhalten. Man kann sich völlig frei fühlen und sich dennoch dafür entscheiden zu schweigen – etwa um Rücksicht auf die Gefühle anderer zu nehmen und niemanden zu verletzen. Umgekehrt kann man sich durchaus eingeschränkt fühlen und sich dennoch oder sogar gerade deswegen lautstark zu Wort melden. Unabhängig von diesen beiden Möglichkeiten, zeigt sich empirisch aber, dass ein Mangel an empfundener Meinungsfreiheit in der Regel auch mit einer höheren Neigung zur Selbstzensur einhergeht.

Je unfreier sich Menschen fühlen, öffentlich ihre Meinung zu äußern, desto häufiger geben sie an, sich im letzten Jahr selbst zensiert und den Mund gehalten zu haben. Unter jenen, die sich völlig frei fühlen, haben am Anfang des Jahres 97 Prozent keine Selbstzensur geübt. Bei denjenigen, die sich völlig unfrei fühlen, haben hingegen 71 Prozent mehrmals geschwiegen, obwohl sie ihre Meinung hätten äußern wollen. Dieser Zusammenhang ist im Vergleich zu den Vorjahren stabil bis leicht stärker und unterstreicht, wie eng Wahrnehmung und Verhalten tatsächlich miteinander verknüpft sind.

Auch im privaten Bereich zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen wahrgenommener Meinungsfreiheit und Selbstzensur. Rund 90 Prozent derjenigen, die sich im privaten Umfeld völlig frei fühlen, geben an, keine Selbstzensur ausgeübt zu haben. Bei denjenigen, die sich völlig unfrei fühlen, sagen dagegen 78 Prozent, sie hätten sich in den letzten 12 Monaten mehrmals selbst zensiert. Dieser letzte Wert hat sich leicht erhöht und ist besonders bemerkenswert, da Meinungsäußerungen im privaten Bereich als geschützter Raum gelten. Die Ergebnisse legen dagegen nahe, dass sich Ängste vor den negativen Konsequenzen freier Rede für manche Menschen selbst auf persönliche Gespräche erstrecken.

Welche politischen Themen gelten als besonders sensibel?

Aufgrund der im GIP vorliegenden Frageformulierung ist sichergestellt, dass sich die Antworten sowohl zur subjektiven Meinungsfreiheit als auch zum Selbstzensurverhalten tatsächlich auf *politisch relevante* – und nicht etwa rein private oder gänzlich triviale – Inhalte beziehen. Eine weiterführende Innovation im GIP besteht darin, den konkreten Gegenstand der Meinungsfreiheit zu erfassen, indem er experimentell variiert wird. Auf diese Weise lassen sich Aussagen darüber treffen, welche politischen Themen von der deutschen Bevölkerung als besonders sensibel und welche als vergleichsweise unkontrovers erachtet werden.

Konkret wurden die Befragten 2024 und 2025 in gleich große Zufallsgruppen eingeteilt und entweder nach der gegenwärtigen Politik (2024: N=733, 2025: N=653), der gegenwärtigen Regierung (2024: N=731, 2025: N=652), der gegenwärtigen Migrationspolitik (2024: N=731, 2025: N=652), der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik (2024: N=737, 2025: N=653) oder der gegenwärtigen Klimapolitik (2024: N=733, 2025: N=651) gefragt. In der Januarwelle 2026 wurden folgende weitere

Themen berücksichtigt: der aktuelle Russland-Ukraine-Konflikt (N=690), der aktuelle Israel-Palästina-Konflikt (N=691), die gegenwärtige Gleichstellungspolitik (N=692), sexuelle und geschlechtliche Vielfalt (N=690), kulturelle und religiöse Vielfalt (N=691), sowie noch einmal die gegenwärtige Migrationspolitik (N=692).

Die Daten zeigen für den Grad der ‚Tabuisierung‘ der verschiedenen politischen Themenfelder ein klares und möglicherweise nicht ganz überraschendes Muster. Vor allem die ‚gegenwärtige Migrationspolitik‘ hebt sich dabei als besonders sensibles Thema hervor. Im öffentlichen Bereich liegt der Anteil derjenigen, die angeben sich nicht frei äußern zu können, im März 2024 bei 47 Prozent, im Juli 2025 bei 36 Prozent und im Januar 2026 ebenfalls bei 36 Prozent. Im privaten Bereich sind die Werte deutlich niedriger, bleiben aber auch hier höher als bei allen anderen Themen: 18 Prozent im Jahr 2024, 17 Prozent im Jahr 2025 und 15 Prozent im Jahr 2026. Beim Selbstzensurverhalten zeigt sich ein sehr ähnliches Muster. 33 Prozent berichten im Jahr 2024, dass sie ihre Meinung zur Migration bewusst zurückhalten, 29 Prozent im Jahr 2025 und 30 Prozent im Jahr 2026. Das Thema Migration nimmt damit in allen drei Dimensionen eine klare Sonderstellung ein. Zwar sind die Werte gegenüber 2024 zurückgegangen, was auf die prinzipielle Veränderlichkeit des Tabuisierungsgrads verweist. Insgesamt bleibt das Thema aber durchgängig das sensibelste Politikfeld.

Im Gegensatz dazu werden Meinungen zu anderen Politikfeldern wie Klima, Wirtschaft und Gleichstellung als vergleichsweise frei empfunden. Zur Klimapolitik geben im öffentlichen Bereich ‚nur‘ 23 Prozent im Jahr 2024 und 26 Prozent im Jahr 2025 an, sich nicht frei äußern zu können; im privaten Bereich liegen die Werte bei 9 beziehungsweise 11 Prozent deutlich niedriger. Weitere 15 Prozent im Jahr 2024 und 22 Prozent im Jahr 2025 berichten

außerdem, ihre Meinung hierzu bewusst zurückgehalten zu haben. Für die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ergibt sich ein sehr ähnliches Bild, allerdings auf etwas stabilerem Niveau: Öffentlich liegen die Werte in beiden Erhebungsjahren bei 25 Prozent, privat bei 10 Prozent, und Selbstzensur wird ebenfalls in beiden Jahren von 19 Prozent berichtet. Die im Januar 2026 erhobene Gleichstellungspolitik fügt sich in dieses Muster ein: 27 Prozent geben an, sich öffentlich nicht frei äußern zu können, 13 Prozent berichten dies für den privaten Bereich, und 23 Prozent sagen, dass sie ihre Meinung hierzu bewusst zurückhalten. Diese Politikfelder erscheinen damit zwar durchaus als konfliktträchtig, aber nicht in dem Maße wie die gegenwärtige Migrationspolitik.

Auch andere gesellschaftliche und internationale Streitfragen werden in unterschiedlichem Maße mit eingeschränkter Meinungsfreiheit und Selbstzensur verbunden. Im öffentlichen Bereich sind die Werte besonders beim Israel-Palästina-Konflikt mit 33 Prozent und bei Fragen ‚kultureller bzw. religiöser Vielfalt‘ mit 31 Prozent sehr hoch. Dahinter folgt der Russland-Ukraine-Konflikt mit 24 Prozent und das Thema ‚sexuelle bzw. geschlechtliche Vielfalt‘ mit 22 Prozent. Im privaten Bereich liegen die entsprechenden Werte deutlich niedriger. Das Selbstzensurverhalten folgt dem dargestellten Muster. Auch hier liegt der höchste Wert bei kultureller Vielfalt mit 37 Prozent, gefolgt von Israel-Palästina mit 23 Prozent, Russland-Ukraine mit 19 Prozent und sexuelle Vielfalt mit 18 Prozent der Befragten, die im letzten Jahr mindestens einmal geschwiegen haben, um negative Konsequenzen zu vermeiden.

Besonders auffällig sind zuletzt die Ergebnisse zu den Themen ‚gegenwärtige Politik‘ und ‚gegenwärtige Regierung‘ und somit zu Kernbestandteilen der öffentlichen Debatte in einer liberalen Demokratie. In der Welle vom März 2024 beziehen sich die Ergebnisse auf die ehemalige sogenannte ‚Ampelregierung‘ aus SPD,

Grünen und FDP. In der Welle aus dem Juli 2025 ist die schwarz-rote Koalition zwischen Union und SPD gemeint. Für den öffentlichen Raum gaben in beiden Wellen ein Viertel (26 Prozent) der Befragten an, sich zur Regierung nicht frei äußern zu können. Für die Politik allgemein liegen die Werte mit 29 Prozent in beiden Jahren noch etwas höher. Im privaten Bereich fallen die Anteile deutlich geringer aus: 11 und 10 Prozent für Regierung sowie 12 und 15 Prozent für Politik allgemein. Für die Regierung berichten 21 Prozent im Jahr 2024 und 22 Prozent im Jahr 2025, sich in den letzten 12 Monaten selbstzensuriert zu haben. Bei Politik allgemein sind dies 26 Prozent beziehungsweise 30 Prozent. Diese Befunde sind bemerkenswert, da sie darauf hindeuten, dass sich ein relevanter Teil der Bevölkerung nicht nur bei sehr kontroversen politischen Themen wie Migration oder beim Israel-Palästina-Konflikt, sondern auch bei ganz grundsätzlichen politischen Fragen und sogar bei Regierungskritik gehemmt fühlt, seine Meinung öffentlich frei zu äußern. Für den Zustand der Meinungsfreiheit in einer liberalen Demokratie, die in ihrem Kern auf politischer Auseinandersetzung und Herrschaftskritik beruht, ist das sicherlich kein gutes Zeugnis.

Die Fragen im Wortlaut

Subjektive Meinungsfreiheit

Wie ist das bei Ihnen persönlich: Fühlen Sie sich frei oder unfrei, **in der Öffentlichkeit** zu sagen, was Sie über [THEMA] denken?

Wie ist das bei Ihnen persönlich: Fühlen Sie sich frei oder unfrei, **im privaten Umfeld** zu sagen, was Sie über [THEMA] denken?

(Frei. Eher frei. Eher Unfrei. Unfrei. Weiß nicht)

Selbstzensur

Haben Sie **in den letzten 12 Monaten den Mund gehalten**, weil Sie **Angst vor negativen Konsequenzen** hatten, wenn Sie sagen, was Sie über [THEMA] denken?

(Nein. Ja, einmal. Ja, mehrmals. Weiß nicht)

Tatsächliche Sanktionserfahrungen

Wurden Sie in den letzten 12 Monaten **scharf kritisiert**, weil Sie gesagt haben, was Sie über [THEMA] denken?

Wurden Sie in den letzten 12 Monaten **als ‚rechts‘ oder als ‚extrem‘ bezeichnet**, weil Sie gesagt haben, was Sie über [THEMA] denken?

Wurden Sie in den letzten 12 Monaten **in den sozialen Medien persönlich angegriffen**, weil Sie geschrieben haben, was Sie über [THEMA] denken?

Haben Sie in den letzten 12 Monaten **Freunde verloren**, weil Sie gesagt haben, was Sie über [THEMA] denken?

Haben Sie in den letzten 12 Monaten **berufliche Probleme bekommen**, weil Sie gesagt haben, was Sie über [THEMA] denken?

Haben Sie in den letzten 12 Monaten **rechtliche Probleme bekommen**, weil Sie gesagt haben, was Sie über [THEMA] denken?

(Nein. Ja, einmal. Ja, mehrmals. Weiß nicht)

Eigenes Sanktionsverhalten

Haben Sie in den letzten 12 Monaten eine andere Person scharf kritisiert, weil sie gesagt hat, was sie über [THEMA] denkt?

Haben Sie in den letzten 12 Monaten eine andere Person als „rechts“ oder „extrem“ bezeichnet, weil sie gesagt hat, was sie über [THEMA] denkt?

Haben Sie in den letzten 12 Monaten eine andere Person in den sozialen Medien persönlich angegriffen, weil sie geschrieben hat, was sie über [THEMA] denkt?

Haben Sie in den letzten 12 Monaten einer anderen Person die Freundschaft aufgekündigt, weil sie gesagt hat, was sie über [THEMA] denkt?

Haben Sie in den letzten 12 Monaten eine andere Person bei deren Arbeitgeber gemeldet, weil sie gesagt hat, was sie über [THEMA] denkt?

Haben Sie in den letzten 12 Monaten eine andere Person angezeigt, weil sie gesagt hat, was sie über [THEMA] denkt?

(Nein. Ja, einmal. Ja, mehrmals. Weiß nicht)

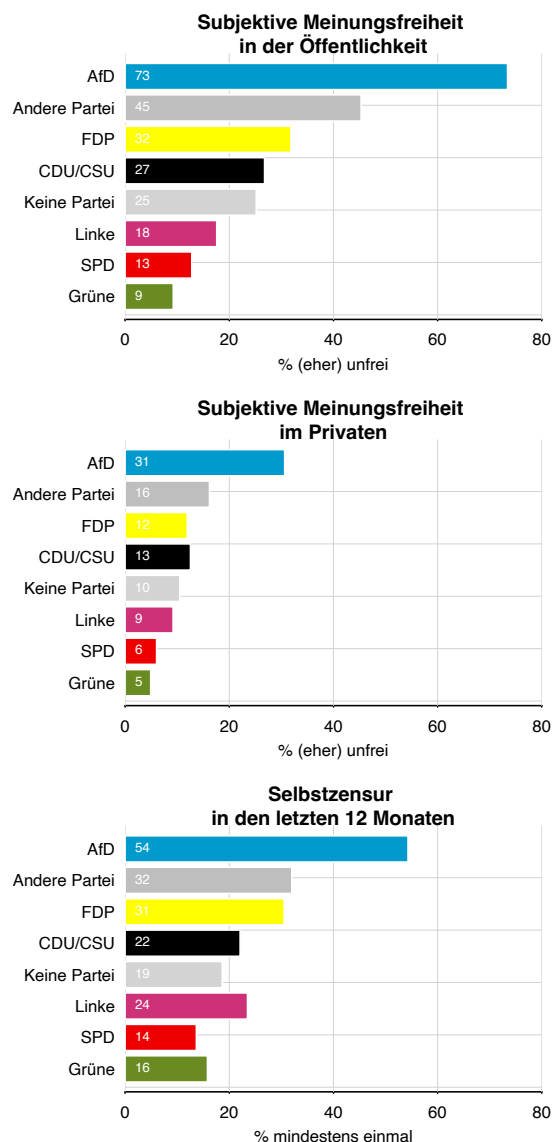
Politische Unterschiede in subjektiver Meinungsfreiheit und Selbstzensurverhalten

Der Sinn der Meinungsfreiheit besteht darin, die politischen Äußerungen der Bürger vor staatlicher Autorität zu schützen (und nicht etwa umgekehrt die staatliche Autorität vor den Äußerungen der Bürger). In der Praxis sind jedoch manche politischen Meinungsäußerungen kostspieliger als andere, insbesondere wenn es sich um Minderheitenpositionen handelt, die von tonangebenden Vorstellungen abweichen oder sich explizit gegen amtierende Machthaber wenden. Tatsächlich wird die Wahrnehmung der eigenen Meinungsfreiheit sowie die Neigung zur Selbstzensur vor allem durch die eigenen politischen Präferenzen und Überzeugungen beeinflusst (Münzner und Traummüller 2022).

Analysen auf Grundlage der März-Welle 2024 zeigen dabei zunächst einen klaren statistischen Zusammenhang zwischen *politischer Unzufriedenheit* und dem Gefühl, die eigene Meinung nicht frei äußern zu können. Politisch unzufriedene Bürger empfinden deutlich häufiger Einschränkungen in ihrer öffentlichen Redefreiheit. Auch im persönlichen Umfeld fühlen sich politisch unzufriedene Menschen häufiger eingeschränkt. Je größer die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Politik, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen ihre Meinung bewusst zurückhalten. Subjektiv empfundene Einschränkungen der Meinungsfreiheit häufen sich somit insbesondere dann, wenn Kritik bzw. von der gegenwärtigen Politik abweichende Positionen geäußert würden.

Nach *Wahlverhalten* aufgeschlüsselt zeigt sich, dass Wähler der AfD sich sowohl im öffentlichen Raum als auch im privaten Umfeld mit deutlichem Abstand am unfreisten fühlen und sich auch am stärksten selbstzensieren. Drei Viertel (73 Prozent) derjenigen, die bei der letzten Bundestagswahl 2025 die AfD gewählt haben fühlen sich (eher) unfrei in der

Öffentlichkeit zu sagen, was sie politisch denken. Fast ein Drittel (31 Prozent) hat dasselbe Gefühl im privaten Umfeld und die Hälfte (54 Prozent) hat sich in den letzten 12 Monaten zumindest einmal selbstzensiert. Hinsichtlich des subjektiv empfundenen Mangels an Meinungsfreiheit liegen auch Nicht-Wähler, Wähler der FDP sowie insbesondere die Wähler kleinerer ‚anderer‘ Parteien über dem deutschlandweiten Durchschnitt. Ganz Ähnliches gilt auch für das Selbstzensurverhalten in den letzten 12 Monaten.



Anmerkung: Subjektive Meinungsfreiheit und Selbstzensur nach Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025. GIP Welle Juli 2025.

Umgekehrt fühlen sich Wähler des linken Parteienspektrums, also der Grünen, der SPD und der Linkspartei deutlich unterdurchschnittlich in ihrer Meinungsfreiheit beschränkt. Insbesondere Grünenwähler stellen die politische Gruppierung mit der höchsten subjektiv empfundenen Meinungsfreiheit in Deutschland dar. Unter ihnen fühlen sich 2025 nur 9 Prozent (eher) unfrei öffentlich zu sagen, was sie politisch denken und nur 5 Prozent fühlen sich privat (eher) unfrei. Weitere 16 Prozent berichten im letzten Jahr mindestens einmal ‚den Mund gehalten‘ zu haben, um negative Konsequenzen zu vermeiden.

Der empirische Befund, dass sowohl subjektive Meinungsfreiheit als auch Selbstzensurverhalten gegenwärtig entlang zentraler politischer Konfliktlinien verlaufen lässt sich zuletzt auch mit Blick auf die *politisch-ideologische Selbsteinstufung* der Bürger demonstrieren. Hierbei lässt sich ein sehr klares Muster beobachten: Je weiter politisch links sich eine Person in Deutschland verortet, desto freier fühlt sie sich in ihrer Meinungsäußerung. Je weiter eine Person dagegen politisch rechts eingestellt ist, desto unfreier empfindet sie sich zu sagen, was sie denkt. Dies gilt ganz besonders in der Öffentlichkeit, in abgeschwächter Form aber auch im Privaten. Außerdem zeigt sich dieser politische Unterschied nicht nur im subjektiven Empfinden, sondern auch in der Tendenz, aus Furcht vor negativen Folgen lieber zu schweigen.

Gesellschaftliche Ungleichheiten in subjektiver Meinungsfreiheit und Selbstzensurverhalten

Neben politischen Unterschieden wird Meinungsfreiheit in der öffentlichen Debatte häufig mit Blick auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen diskutiert. Eine weit verbreitete Sorge ist, dass insbesondere Frauen, Migranten oder andere marginalisierte Personen häufiger von Einschränkungen ihrer freien Rede

betroffen seien – etwa, weil sie in höherem Maße persönlichen Angriffen in den sozialen Medien ausgesetzt seien und sich daraufhin zurückzögen. Andererseits wird ein subjektiver Mangel an Meinungsfreiheit oftmals ‚alten weißen Männern‘ attestiert, die mit dem gesellschaftlichen Wandel überfordert seien und sich über neue Sprachnormen beklagten. Um die Frage zu klären, inwieweit subjektiv empfundene Meinungsfreiheit und Selbstzensurverhalten nicht nur *politisch*, sondern auch *sozial* ungleich verteilt sind, werden im Folgenden Zusammenhänge mit zentralen sozio-demographischen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Bildung, Staatsbürgerschaft und Region) im Rahmen von linearen Wahrscheinlichkeitsmodellen betrachtet.

Wenn man die populäre Figur des zum Schweigen gebrachten ‚alten weißen Mannes‘ in die hier verfügbaren demographischen Indikatoren übersetzt (also höheres Alter, männliches Geschlecht und deutsche Staatsangehörigkeit), dann stützen die Ergebnisse diese Deutung nicht. Im Gegenteil zeigt sich, dass ältere Befragte, insbesondere Personen ab 65 Jahren, sich in der Öffentlichkeit durchgängig *freier* fühlen, ihre Meinung zu äußern, als die jüngste Referenzgruppe der unter 35-Jährigen. Die Differenz betrug im März 2024 13 Prozentpunkte, im Juli 2025 14 Prozentpunkte und im Januar 2026 immer noch 10 Prozentpunkte. Außerdem berichten Männer nicht systematisch von geringerer subjektiver Meinungsfreiheit als Frauen, und auch deutsche Staatsbürger unterscheiden sich nicht von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Zugleich stützen die Befunde damit auch nicht die umgekehrte Erwartung, dass sozial marginalisierte Gruppen sich besonders eingeschränkt fühlen.

Deutlich erkennbar sind stattdessen regionale und bildungsbezogene Unterschiede in der subjektiven Meinungsäußerung. Ostdeutsche berichten durchgängig von stärkeren wahrgenommenen Einschränkungen der öffentlichen

Meinungsäußerung. Die Differenz im Vergleich zu westdeutschen Befragten lag 2024 bei 13 Prozentpunkten, 2025 bei 10 Prozentpunkten und betrug 2026 noch 9 Prozentpunkte. Befragte mit Abitur berichten durchgängig eine höhere subjektive Meinungsfreiheit (plus 17 Prozentpunkte gegenüber Personen ohne Abitur im Jahr 2024, plus 15 Prozentpunkte 2025 und immer noch plus 11 Prozentpunkte 2026). Insgesamt legen die Ergebnisse nahe, dass wahrgenommene Einschränkungen öffentlicher Meinungsäußerung weniger entlang der häufig beschworenen Trennlinie zwischen vermeintlich dominanten und vermeintlich marginalisierten Gruppen verlaufen als entlang von Alter, Region und Bildung.

Für den privaten Bereich zeigt sich ein ähnliches Muster, wenngleich die Unterschiede schwächer ausfallen und über die Zeit weniger stabil sind. Auch die Ergebnisse zur Selbstzensur unterstreichen den generellen Befund. Ältere Befragte geben durchgängig seltener an, sich selbst zu zensurieren und es gibt erneut kaum Hinweise darauf, dass Frauen oder Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit eher zur Selbstzensur neigen. Demgegenüber berichten Ostdeutsche in allen drei Wellen häufiger von Selbstzensur und höhere Bildung geht in allen drei Erhebungszeitpunkten mit geringerer Selbstzensur einher.

Weder das Stereotyp des zum Schweigen gebrachten ‚alten weißen Mannes‘ noch die spiegelbildliche Annahme, Frauen und Ausländer fühlten sich am wenigsten frei, findet in den hier vorliegenden Daten Unterstützung. Die maßgeblichen Ungleichheitsdimensionen in Fragen der Meinungsfreiheit sind weniger

identitätspolitischer Natur, sondern verlaufen entlang von Bildung und Ost-West-Differenz.

Tatsächliche Sanktionserfahrungen und eigenes Sanktionsverhalten

Eine wichtige Innovation des GIP ist es, nicht nur nach dem *subjektiven Gefühl* der eigenen Meinungsfreiheit zu fragen, sondern erstmals auch die *tatsächlichen Sanktionserfahrungen* der Bürgerinnen und Bürger zu erheben. Diese wurden gefragt, wie oft sie in den letzten 12 Monaten sanktioniert wurden, wenn sie frei gesagt haben, was sie über politische Themen denken. Dabei wurden im März 2024 und insgesamt fünf verschiedene mögliche Konsequenzen freier Rede berücksichtigt: a) scharfe Kritik, b) die Diffamierung als ‚rechts‘ oder ‚extrem‘, c) der Verlust von Freunden und Bekannten, d) berufliche Probleme und e) rechtliche Probleme. Im Juli 2025 wurde zudem nach persönlichen Angriffen auf den sozialen Medien gefragt. Im Januar 2026 wurden Erfahrungen mit Diffamierungen als ‚rechts‘ oder ‚extrem‘, mit persönlichen Angriffen auf Social Media und mit beruflichen Problemen erneut erhoben. Zusätzlich wurden auch indirekte Erfahrungen mit negativen Konsequenzen im eigenen Bekanntenkreis erfragt.

Bei den Antworten auf die Frage nach tatsächlichen Sanktionserfahrungen handelt es sich um reine Selbstberichte, die aufgrund von Erinnerungsproblemen und Effekten sozialer Erwünschtheit nicht umstandslos als ‚Fakten‘ zu verstehen sind. Dennoch geben sie wertvolle Auskünfte über die Sanktionswahrscheinlichkeiten freier Rede in der deutschen Demokratie, die über subjektive Empfindungen deutlich hinausgehen.¹

¹ Klar ist, dass aufgrund der vorliegenden Frageformulierungen ein Rest an Subjektivität besteht und einzelne Sanktionsarten nicht weiter präzisiert werden können. Unter ‚beruflichen Problemen‘ können Befragte etwa ganz unterschiedliche Dinge verstehen und es ist z.B. nicht möglich zwischen Konflikten unter Mitarbeitern oder einer formalen

Kündigung zu unterscheiden. Derartige Probleme sind bei einem umfragebasierten Zugang jedoch kaum zu vermeiden. Dennoch geht die so ermittelte Evidenz deutlich über das hinaus, was wir bislang über Sanktionen freier Rede in Deutschland wissen. Eine weitere Einschränkung der berichteten Sanktionserfahrungen ist außerdem, dass sich keine

Tatsächliche Sanktionserfahrungen nach einer politischen Meinungsäußerung

	2024	2025	2026
Scharf kritisiert worden	21.3 % (12.3 bis 14.0 Mio.)	20.0 % (11.5 bis 13.2 Mio.)	--
Als ‚rechts‘ oder ‚extrem‘ bezeichnet	11.2 % (6.3 bis 7.6 Mio.)	9.9 % (5.5 bis 6.8 Mio.)	11.8 % (6.7 bis 8.0 Mio.)
Freunde und Bekannte verloren	3.6 % (1.9 bis 2.6 Mio.)	4.0 % (2.1 bis 2.9 Mio.)	--
Persönlicher Angriff auf Social Media	--	3.8 % (1.9 bis 2.8 Mio.)	7.1 % (3.7 bis 5.1 Mio.)
Berufliche Probleme	1.5 % (0.7 bis 1.1 Mio.)	1.9 % (0.9 bis 1.5 Mio.)	1.5 % (0.6 bis 1.2 Mio.)
Rechtliche Probleme	0.8 % (0.3 bis 0.7 Mio.)	1.0 % (0.4 bis 0.9 Mio.)	--
Indirekte Erfahrung im eigenen Umfeld	--	--	12.7 % (7.1 bis 8.6 Mio.)

Anmerkung: Anteile der Befragten, die angeben, die jeweilige Sanktion in den letzten 12 Monaten erlebt zu haben in Prozent. In Klammern die auf die deutsche Bevölkerung hochgerechnete Zahl der betroffenen Personen in Millionen (95%-Konfidenzintervall). GIP Wellen März 2024, Juli 2025 und Januar 2026.

Betrachtet man die tatsächlichen Sanktionserfahrungen, welche die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in den letzten 12 Monaten für ihre politischen Meinungsäußerungen gemacht haben, so zeigt sich das plausible Muster, dass schwerwiegendere Konsequenzen deutlich seltener erlebt werden als weniger drastische Konsequenzen, die mithin fester Bestandteil des freien Meinungs-austausches sind. So geben sowohl 2024 und 2025 rund ein Fünftel (21 bzw. 20 Prozent) der Befragten an, im letzten Jahr mindestens einmal ‚scharf kritisiert‘ worden zu sein. Über die letzten Jahre hinweg hat konstant jeder Zehnte außerdem die Erfahrung gemacht, für seine Meinung als ‚rechts‘ oder als ‚extrem‘ bezeichnet worden zu sein (2024: 11 Prozent, 2025: 10 Prozent, 2026: 12 Prozent). Vier Prozent berichten, dass sie Freundschaften verloren haben und zwischen ein und zwei Prozent von beruflichen und rechtlichen Problemen im letzten Jahr. Obwohl es sich insbesondere bei den zuletzt genannten manifesten Konsequenzen um sehr

geringe Anteilswerte handelt, sind diese aufgrund der hohen Befragtenzahl des GIP und der damit verbundenen geringen Schätzunsicherheit keineswegs bloß ‚statistisches Rauschen.‘

Um ein besseres Verständnis für das tatsächliche Ausmaß der erlebten Sanktionen zu erhalten, lassen sich die gerade berichteten Anteile auf die deutsche Gesamtpopulation im Alter zwischen 16 und 75 Jahren hochrechnen. Auf diese Weise wird die absolute Anzahl der Betroffenen geschätzt. Laut den Zahlen des aktuellen Zensus sind etwas mehr als 61.9 Millionen der in Deutschland lebenden Personen zwischen 16 und 75 Jahre alt.² Das bedeutet laut der hier vorliegenden Schätzungen, dass pro Jahr zwischen 11.5 bis 14.0 Millionen Menschen in Deutschland scharfe Kritik für ihre politische Meinungsäußerung erfahren. Persönlich als ‚extrem‘ oder ‚rechts‘ abgestempelt zu werden, betrifft ebenfalls eine sehr große Zahl von Menschen: pro Jahr sind das

Aussagen darüber treffen lassen, inwieweit die erfahrenen Sanktionen *gerechtfertigt* sind oder nicht. Aus der rein analytischen Einsicht, dass weniger Sanktion ein mehr an Freiheit bedeutet, folgt normativ weder, dass es keinerlei Sanktionen geben sollte, noch dass Meinungsfreiheit nicht mit

anderen Gütern, etwa gleicher Würde oder Sicherheit, in Konflikt stehen kann.

² Bisher sind nur die Zahlen des Zensus 2022 verfügbar: <https://ergebnisse.zensus2022.de/datenbank/online/statistic/1000A/table/1000A-1008>.

zwischen 5.5 und 8.0 Millionen. Außerdem haben persönliche Angriffe in sozialen Medien zugenommen. In der Welle 2025 waren 1.9 bis 2.8 Millionen Menschen betroffen und in der Welle 2026 waren es 3.7 bis 5.1 Millionen.³

Selbst Sanktionen, die prozentual betrachtet selten erscheinen, entsprechen auf die Bevölkerung hochgerechnet großen absoluten Zahlen. Der Verlust von Freunden oder Bekannten betrifft im vorliegenden Beobachtungszeitraum schätzungsweise 1.9 bis 2.9 Millionen Menschen im Jahr. Probleme am Arbeitsplatz betreffen zwischen 0.6 und 1.5 Millionen Menschen im Jahr. Rechtliche Probleme sind zwar die am seltensten erfahrende Sanktionsform, betreffen aber dennoch schätzungsweise 0.3 bis 0.7 Millionen Menschen im Jahr 2024 und 0.4 bis 0.9 Millionen Bürgerinnen und Bürger im Jahr. Zusammengenommen machen diese Hochrechnungen deutlich, dass Sanktionen im Zusammenhang mit politischen Äußerungen nicht auf Einzelfälle beschränkt sind. Selbst wenn die Prozentsätze gering sind, sind die absoluten Zahlen oft sehr hoch, was verdeutlicht, dass sie gesellschaftlich von großer Tragweite sind.

Im Januar 2026 gibt außerdem mehr als jeder Zehnte (13 Prozent) an, im privaten Umfeld oder weiteren Bekanntenkreis eine oder mehrere Personen zu kennen, die in den letzten 12 Monaten für eine Meinungsäußerung negative Konsequenzen erfahren haben. Dies entspricht etwa 7.1 bis 8.6 Millionen Personen, die innerhalb eines Jahres *indirekte* Erfahrungen mit negativen Folgen freier Rede im eigenen Umfeld gemacht haben.

Im Rahmen der GIP Wellen vom März 2024 und Juli 2025 wurden aber nicht nur die erfahrenen Sanktionen, sondern auch das *eigene Sanktionsverhalten* abgefragt. Die Bereitschaft,

andere für ihre Meinungsäußerungen zu sanktionieren, steht in klarem Zusammenhang mit der tatsächlichen Sanktionswahrscheinlichkeit in einer Demokratie. Wenngleich auch dieses Verhalten *berichtet* und somit nicht frei von Erinnerungsproblemen oder sozialer Erwünschtheit sein dürfte, so gibt diese ‚Kehrseite der Medaille‘ der Meinungsfreiheit doch wichtige zusätzliche Auskunft über die erwarteten Kosten freier Rede in Deutschland.

In beiden Erhebungsjahren geben rund 16 Prozent der Befragten an, andere im letzten Jahr für ihre politische Meinung scharf kritisiert zu haben. Weitere 13 bzw. 15 Prozent haben ihre Mitbürger aufgrund von politischen Äußerungen als ‚extrem‘ oder ‚rechts‘ bezeichnet. Rund zwei bis drei Prozent haben im jeweils letzten Jahr aus dem gleichen Grund Freundschaften beendet. Andere bei deren Arbeitgeber gemeldet haben 0.6 bzw. 1.1 Prozent und Andere angezeigt 0.4 bzw. 0.7 Prozent. Sowohl die Neigung andere für ihre Meinungsäußerung als ‚extrem‘ zu bezeichnen, als auch sie bei ihrem Arbeitgeber zu melden hat zugenommen.

Hochgerechnet auf die deutsche Bevölkerung und in absoluten Zahlen ausgedrückt haben im Zeitraum eines Jahres 9.3 bis 10.9 Millionen Personen Andere für ihre politische Meinungsäußerung scharf kritisiert und 7.2 bis 9.9 Millionen Andere für ihre Ansichten als ‚extrem‘ oder ‚rechts‘ bezeichnet. Rund 1.0 bis 2.1 Millionen Menschen in Deutschland kündigen pro Jahr Anderen die Freundschaft aufgrund derer politischen Meinung auf. Weitere 0.2 bis 0.9 Millionen pro Jahr melden Andere bei deren Arbeitgeber. Schließlich berichten zwischen 0.1 und 0.6 Millionen Bürgerinnen und Bürger pro Jahr aufgrund einer politischen Äußerung Anzeige erstattet zu haben.

Januar 2026 berichteten Werte auf das Jahr 2025 beziehen.

³ Zur Erinnerung: Die berichteten Erfahrungen beziehen sich immer auf ‚die letzten 12 Monate‘, d.h. dass sich die beispielweise in der Welle vom

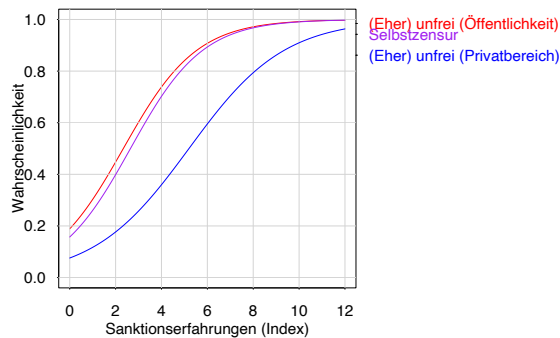
Wer für seine Meinung sanktioniert wird – und wer Andere selbst für deren Meinung sanktioniert

Unterscheiden sich die verschiedenen politischen Lager und gesellschaftlichen Gruppen nicht nur in ihrem Empfinden, sondern auch hinsichtlich ihrer Erfahrungen mit kostspieligen Sanktionen von Meinungsäußerungen? Und sind manche Gruppen eher bereit, andere für deren politische Äußerungen zu sanktionieren? Um diese Fragen zu beantworten, werden im Folgenden sowohl die einzelnen Sanktionserfahrungen als auch die eigenen Sanktionshandlungen zu einfachen Summenindizes aufaddiert. Die beiden auf diesem Weg gewonnenen Maße werden dann statistisch im Rahmen von Regressionsmodellen mit politischen und sozialen Merkmalen in Verbindung gesetzt.

Wie schon bei den subjektiven Empfindungen erweisen sich auch bei den tatsächlichen Erfahrungen vor allem politische Unterschiede als besonders relevant, wobei sich eine spiegelbildliche Entsprechung zwischen kostspieliger Erfahrung und eigenem Sanktionsverhalten zeigt. Je weiter rechts sich eine Person verortet, desto mehr erfahrene Konsequenzen und desto weniger eigene Sanktionsbemühungen berichtet sie. Umgekehrt werden Personen im linken Spektrum weniger häufig für ihre Meinungsäußerung sanktioniert – sind dafür aber ihrerseits eher bereit, andere für deren Meinung zu sanktionieren. Der Blick auf verschiedene Wählergruppen ergibt ein ganz ähnliches Bild. Wähler der AfD berichten häufiger von negativen Konsequenzen als die Wähler aller anderen Parteien. So berichten etwa 45 derjenigen, die bei der letzten Bundestagswahl ihre Stimme der AfD gegeben haben, dass sie für ihre Meinungsäußerungen als ‚extrem‘ bezeichnet wurden. Bei Wählern der CDU/CSU waren es 10 Prozent, der FDP 9 Prozent, der Linken 5 Prozent, der SPD 3 und der Grünen nur 2 Prozent. Umgekehrt berichten Wähler

der Linken und der Grünen häufiger von eigenem Sanktionsverhalten als die Wähler aller anderen Parteien. Rund 29 Prozent der Wähler der Linken und 22 Prozent der Grünenwähler haben andere aufgrund ihrer Meinung als ‚extrem‘ bezeichnet – etwa doppelt so häufig wie Wähler anderer Parteien.

Sanktionserfahrungen und eigenes Sanktionsverhalten unterscheiden sich auch zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen in Deutschland. So erleben etwa Frauen weniger häufig Sanktionen für ihre politische Meinung als Männer und sanktionieren auch selbst Andere weniger häufig für deren Meinungsäußerung. Ebenso lassen sich klare Altersunterschiede feststellen. Im Vergleich zu jüngeren Alterskohorten (35 Jahre und jünger) sind ältere Altersgruppen weniger häufig von Sanktionen betroffen und neigen auch weniger dazu, andere für ihre Meinungsäußerungen zu sanktionieren. Menschen mit Abitur erleben selbst weniger Sanktionen für ihre politischen Meinungen, sind ihrerseits aber nicht häufiger oder seltener bereit, Sanktionen gegenüber anderen zu verhängen. Weder der Unterschied zwischen Ost und West noch der Ausländerstatus hat einen nennenswerten Einfluss auf das Erleben oder das eigene Verhängen von Sanktionen.



Anmerkung: Subjektive Meinungsfreiheit und Selbstzensur nach Sanktionserfahrungen in den letzten 12 Monaten. Der Index summiert sechs verschiedene Sanktionsformen (0-2). Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten aus einem einfachen logistischen Regressionsmodell. Je mehr Sanktionserfahrungen eine Person macht, desto unfreier fühlt sie sich und desto eher zensiert sie sich selbst. GIP Welle Juli 2025.

Subjektive Meinungsfreiheit und Selbstzensur werden maßgeblich von Sanktionserfahrungen geprägt

Die eigentliche ‚Gretchenfrage‘ in der gegenwärtigen Debatte um Meinungsfreiheit dreht sich um die Grundlage des subjektiven Eindrucks vieler Bürgerinnen und Bürger, ihre Meinung nicht frei äußern zu können. Anders gefragt: Handelt es sich dabei um ein ‚bloßes Gefühl‘ ohne direkten Bezug zur politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit oder lässt sich diese Einschätzung auf tatsächliche einschränkende und kostspielige Erfahrungen zurückführen?

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen den gemachten Sanktionserfahrungen und subjektiver Meinungsfreiheit und Selbstzensurverhalten, zeigt sich ein sehr deutliches Bild. Je mehr tatsächliche Erfahrungen eine Person mit kostspieligen Sanktionen im letzten Jahr gemacht hat, desto unfreier fühlt sie sich in ihrer Meinungsäußerung und desto

wahrscheinlicher ist es, dass sie ihre Meinung aus Furcht vor weiteren Konsequenzen zurückhält. Im Vergleich zu jemandem ohne jegliche Sanktionserfahrung in den letzten 12 Monaten, haben Bürgerinnen und Bürger mit überdurchschnittlich häufiger Erfahrung⁴ im Juli 2025 eine um 47 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, sich in der Öffentlichkeit (eher) unfrei zu fühlen. Im privaten Umfeld ist die Wahrscheinlichkeit um 22 Prozentpunkte höher und Selbstzensur um 45 Prozentpunkte wahrscheinlicher. Tatsächliche persönliche Erfahrungen mit den Kosten freier Rede haben außerdem einen stärkeren Einfluss auf das Empfinden und Verhalten der Bürger als deren politischen Orientierungen oder sozio-demographischen Merkmale. Zuletzt werden subjektive Meinungsfreiheit und Selbstzensurverhalten nicht nur durch eigene direkte persönliche Erfahrungen, sondern auch durch indirekte Erfahrungen im sozialen Umfeld beeinflusst.

Subjektive Meinungsfreiheit und Selbstzensur werden ganz maßgeblich von tatsächlichen Sanktionserfahrungen geprägt. Das heißt nicht, dass sich das subjektive Empfinden der Meinungsfreiheit nicht *auch* aus anderen Quellen speisen kann oder dass die subjektiven Einschätzungen der Bürger zu hundert Prozent akkurat sind. Umgekehrt lassen sie sich aber auch nicht als bloßes Gefühl, reine Einbildung oder grobe Fehleinschätzung abqualifizieren.

Warum sind diese Ergebnisse wichtig?

Meinungsfreiheit gehört zu den grundlegenden Voraussetzungen demokratischer Ordnung. Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger politische Positionen äußern, Entscheidungen kritisieren und an öffentlichen Debatten teilnehmen können, ohne unverhältnismäßige rechtliche oder soziale

⁴ Dies entspricht einem Indexwert von rund 2.8 Punkten (zwei Standardabweichungen).

Sanktionen befürchten zu müssen. Das subjektive Empfinden der Bevölkerung hinsichtlich der eigenen Meinungsfreiheit ist daher ein wichtiger Indikator für die Gesundheit einer liberalen Demokratie.

Meinungsfreiheit ermöglicht nicht nur die öffentliche Auseinandersetzung und damit die Informationsverarbeitung innerhalb des demokratischen Systems. Sie ist auch für die Legitimation demokratischer Ordnung zentral. Dafür müssen Bürgerinnen und Bürger den Eindruck haben, ihre Sichtweisen grundsätzlich äußern zu können. Ein subjektiv empfundener Mangel an Meinungsfreiheit ist deshalb demokratisch hochrelevant, und zwar auch oder gerade dann, wenn sich solche Wahrnehmungen nicht mit objektiv feststellbaren Einschränkungen decken.

Die hier präsentierten Befunde legen allerdings nahe, dass die subjektiven Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger zumindest in Teilen sehr wohl auf konkreten Erfahrungen beruhen. Wahrgenommene Einschränkungen entspringen also nicht nur aus politischen oder medialen Deutungen, sondern stehen mit tatsächlich erlebten politischen und sozialen Erfahrungen in Zusammenhang. Sie sollten in einer liberalen Demokratie daher nicht vorschnell als bloßes Gefühl abgetan, sondern als relevante Hinweise über ihren Zustand ernst genommen werden.

Literatur

Bar-Tal, Daniel. 2017. Self-censorship as a socio-political-psychological phenomenon: conception and research. *Political Psychology* 38: 37–65.

Blom, A. G., Gathmann, C., & Krieger, U. (2015). Setting up an online panel representative of the general population: The German internet panel. *Field Methods*, 27: 391–408.

CBS News (2025). *60 Minutes: Policing the internet in Germany, where hate speech, insults are a crime*. 16. Februar 2025

Menzner, J. & Traunmüller, R. (2022). Subjective Freedom of Speech: Why Do Citizens Think They Cannot Speak Freely? *Politische Vierteljahresschrift* 64: 155–181.

New York Times (2022). *Where Online Hate Speech Can Bring the Police to Your Door*. 23. September 2022.

The Economist (2025). *The threat to free speech in Germany. One of the freest countries in the world takes a hammer to its own reputation*. 26. April 2025.

Traunmüller, R. (2023). *Diese Konsequenzen fürchten die Deutschen, wenn sie ihre Meinung offen sagen*. WELT. 01. April 2023.

Der Autor

Richard Traunmüller, Prof. Dr., ist Professor für Empirische Demokratieforschung an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Mannheim und wissenschaftlicher Direktor des German Internet Panel.

Kontakt

Richard Traunmüller
traunmueller@uni-mannheim.de

Wie tickt Deutschland?

“In Omnibus Veritas” – „In Allem Wahrheit“ ist das Leitmotiv der Universität Mannheim und damit der Heimat des German Internet Panel (GIP). Es formuliert den Anspruch, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Gesellschaft zu tragen und dort zum Wohle der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Ganz in diesem Sinne setzt sich die Serie „Wie tickt Deutschland?“ zum Ziel, in regelmäßig erscheinenden kurzen Reports ausgewählte Zahlen, Fakten und Analysen des GIP einer interessierten Öffentlichkeit, Journalisten und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern zugänglich zu machen. Damit möchte die Serie einen evidenzbasierten Beitrag zu aktuellen, gerade auch kontroversen gesellschaftlichen und politischen Debatten leisten. Die Serie „Wie tickt Deutschland?“ ist dabei ausschließlich der wissenschaftlichen Evidenz und keiner politischen Sache verpflichtet. Die in der Serie formulierten Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren und spiegeln nicht die Ansichten der Universität Mannheim oder des German Internet Panels wider.

παρρησία Politics Lab

Parrhesia ist ein altgriechischer Begriff (παρρησία) und steht für Meinungsfreiheit sowie den Mut zur Wahrheit, auch wenn dies persönliche Risiken birgt oder den Zorn der Mächtigen hervorruft. Das Parrhesia Politics Lab nimmt dieses Ethos zum Ausgangspunkt und widmet sich der empirisch-analytischen Erforschung der Demokratie in drei verbundenen Bereichen: der Kultur und Praxis der Meinungsfreiheit, den Selbstwidersprüchen kultureller Eliten, sowie gesellschaftlich sensiblen oder kontroversen Themen.